

Traurig: Schwarzblau lehnt Ehmann-Vorschlag für ein großes Corona-Paket der Stadt Graz ab

Der zweite harte Lockdown macht es noch dringlicher: „Machen wir 2021 zu einem, Graz-Jahr‘, zu einem Jahr der Solidarität - mit einem umfangreichen städtischen Maßnahmenpaket als Antwort auf die Pandemie-Folgen“, fordert heute SPÖ-Vorsitzender Michael Ehmann zu einem parteiübergreifenden Schulterchluss auf. Doch Schwarzblau lehnte leider ab.

Geht es nach SP-Klubvorsitzendem Michael Ehmann, soll 2021 Graz zum großen „Jahr der Solidarität“ werden. Hintergrund: Die Pandemie ist noch lange nicht bewältigt, Corona und die Auswirkungen werden uns sicher noch 2021 und darüber hinaus begleiten. „Es gibt wohl kaum jemanden, der von den Folgen nicht betroffen ist. Jetzt sind daher wirklich alle Ebenen gefordert, gegenzusteuern – da braucht es auch ein großes städtisches Maßnahmenpaket“, ist Ehmann überzeugt. „Es geht darum, dass keine Grazerin, kein Grazer, kein Kind, kein EPU oder KMU in unserer Stadt zurückgelassen wird. Deshalb muss das Jahr 2021 ein GRAZ-JAHR der Solidarität werden – mit Investitionen, Unterstützungsleistungen und Wirtschaftshilfen, die direkt und schnell fließen und dort helfen, wo sie gebraucht werden, um über die Krise zu kommen.“

Erreichen möchte das Ehmann durch einen Schulterchluss über alle Parteigrenzen hinweg: „Wir appellieren an alle Fraktionen, innerhalb der nächsten 14 Tage Überlegungen und Vorschläge zu entwickeln, was alles ein solches Maßnahmenpaket enthalten könnte. Bis zur Februar-Sitzung des Gemeinderates könnte dann eine Bewertung der einzelnen Vorschläge durch die zuständigen Abteilungen in Hinblick auf Auswirkungen auf Wirtschaft und Bevölkerung sowie Kosten und – bei positiver Bewertung – auch bereits Umsetzungsmöglichkeiten sowie Umsetzungshürden vorliegen. Denn die Zeit drängt“, ist Ehmann überzeugt. Seitens der SPÖ habe man deshalb – auch unter Einbindung externer Fachleute – bereits einen sehr umfassenden Vorschlagskatalog entwickelt. Projektideen reichen von einem Stadt Graz-Fonds, über den durch städtische Beteiligungen Unternehmen, die aufgrund der Pandemie in Schwierigkeiten geraten sind, abgesichert werden können, und den Gastro-Gutscheinen für die durch Corona schwer getroffenen Wirte ums Eck, über die Unterstützung von EPU und KMU beim Aufbau bzw. der Weiterentwicklung von Internet-Auftritten und Online-Shops, bis hin zu einer Joboffensive 50+ gemeinsam mit dem AMS, eine eigene Corona-Card nach dem Muster der Sozialcard und Förderungsmodelle für Kunst, Kultur und Clubszene. In Summe liegen bis dato seitens der SPÖ bereits mehr als 20 Vorschläge vor. Für Schwarzblau alles kein Thema – FPÖVP lehnte den Dringlichen ab.

Mehr Schutz für Frauen vor Gewalt

Ein klares Bekenntnis des Gemeinderates zum umfassenden Gewaltschutz für Frauen und Mädchen in Österreich und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, insbesondere den kontinuierlichen Ausbau der finanziellen Ressourcen für Prävention und Gewaltschutz und die Fortführung des Nationalen Aktionsplans zum Schutz von Frauen vor Gewalt forderte Gemeinderätin Anna Robosch mittels Dringlichkeitsantrag ein. ÖVP und FPÖ geht eine solch deutliche Positionierung gegen Gewalt gegen Frauen offensichtlich zu weit – Schwarzblau brachte einen verwässernden Abänderungsantrag ein, laut dem unter anderem überhaupt erst einmal die zuständigen Stellen prüfen sollen, ob die aktuelle Bewusstseinsbildung in Sachen Gewalt gegen Frauen optimiert werden sollte, um mehr Grazerinnen und Grazer zu erreichen. Verständlich die Replik von Robosch zu diesem Thema: „Allen Fraktionen ist das Thema ein sehr wichtiges, aber heute hat sich gezeigt, manche sind bereit, hier genug zu tun – da fehlt es bei ÖVP und FPÖ doch ganz offensichtlich am Problembewusstsein, dass es eine gesamtösterreichische Strategie, dass es ein deutliches Zeichen braucht, einen Auftrag auch an den Bund!“

Sanierung statt Neubau

Sanierung statt Neubau als ressourcenschonende Alternative gegen die grassierende Bauwut: Für diesen Weg plädiert SP-Wohnungs- und Umweltsprecherin Gemeinderätin Susanne Bauer. In diesem Sinne forderte sie heute per Antrag

eine umfassende Sanierungsstrategie der Stadt Graz ein, damit sowohl im Bereich des geförderten Wohnbaues, des frei finanzierten Wohnbaues wie auch des Gewerbes/der Wirtschaft die Sanierung gegenüber dem Neubau dem Vorzug erhält. Denn: „Nicht jede grüne Wiese müsste zubetoniert, nicht jede Baulücke durch einen mehrgeschossigen Betonblock zugepflastert werden – über die Sanierung könnte die Liebenswertigkeit und der Reiz gewachsener Viertel erhalten bleiben“, ist Bauer überzeugt.

Infrastrukturbeitrag

Graz als wachsende Stadt gerät durch die damit verbundenen Bautätigkeiten und -offensiven in vielen Punkten massiv unter Druck – ist Graz doch nicht zuletzt vermehrt „Zielgebiet“ von Immobilienentwicklern und Pensionsfonds, denen es primär um Anlageobjekte geht. Viele Projekte entstehen so auf der „grünen Wiese“ – sprich, es fehlt im Umfeld an geeigneter Infrastruktur, von Kinderbetreuungseinrichtungen bis zum öffentlichen Verkehr. Was die Stadt Graz vor große Herausforderungen und finanzielle Probleme stellt: Eine Möglichkeit einer fairen Entlastung wäre die Einhebung eines Infrastrukturbeitrages bei solchen Anlageprojekten, wie er etwa von den Bauträgern in Zusammenhang mit der Reininghaus-Erschließung geleistet wird, hier allerdings auf freiwilliger Basis. SP-Planungssprecher Gemeinderat Ewald Muhr will aber einen Schritt weitergehen: Er regte nun mittels Antrag an, dass über das Land Steiermark versucht werden sollte, die rechtlichen Grundlagen zur Einhebung von Infrastrukturbeiträgen in der Höhe von EUR 30, --/m² der Bruttogeschoßfläche bei großen Bauprojekten zu schaffen. Gemeinnützige Wohnbauträger wie auch der private „Häuslbauer“ sollten davon selbstverständlich ausgenommen sein.

Folgen des Lkw-Kartells

Seit 2016 ist bekannt: Etliche große Lkw-Hersteller hatten sich zwischen 1997 an 2011 an illegalen Preisabsprachen beteiligt und regulierten so den Markt für mittelschwere und schwere Lastkraftwagen jahrelang zu ihren Gunsten. Von der Europäischen Kommission wurden sie dafür mit einer Rekordgeldbuße in Höhe von fast drei Milliarden Euro belegt. Betroffen von diesen Marktpraktiken waren auch zahlreiche Städte, Gemeinden sowie kommunale Unternehmen – weswegen Städtebund, Gemeindebund und der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft österreichweit eine Sammelklage einreichten, wobei den Gemeinden und Städten freigestellt wurde, sich auf eigenes Risiko am Verfahren zu beteiligen. Was SP-Finanzsprecher Gemeinderat Gerald Haßler nunmehr zum Anlass nahm, nach dem Stand der Dinge betreffend das Haus Graz zu fragen: Inwieweit sich Graz an der Klage gegen dieses internationale LKW-Kartell beteiligte, wie hoch der Streitwert sei.

Weitere Initiativen

Darüber hinaus gab es in der heutigen Gemeinderatssitzung seitens des SP-Klubs noch weiterer Initiativen:

Susanne Bauer sprach sich für eine Verdichtung der Busverbindung zwischen dem Jakominiplatz und dem Schöckl aus: Speziell an Wochenenden wäre ein Halbstundentakt zum Schöcklkreuz wünschenswert. In Sachen Schutzimpfungen regte sie in einer Anfrage an, die Befugnisse der SchulärztInnen auszuweiten; was die Pandemie und ihre Folgen betrifft, möchte Bauer die Pflichtschulen durch die Stadt Coronafit-gemacht wissen: Und zwar sowohl in Hinblick auf die Ausstattung, unter anderem durch Luftfilter und automatische Fiebermessgeräte an den Eingängen, als auch durch eine umfassende, schülerInnengerechte Informationskampagne. In einer weiteren Initiative regte sie an, für die Volksschule Neuhart während der laufenden Umbaumaßnahmen eine Ersatzfreifläche in unmittelbarer Nachbarschaft anzumieten.

Ein immer wieder für Verärgerung sorgendes Thema griff **Ewald Muhr** auf: die sogenannten Baustellennomaden. Das sind Projektbetreiber, die zwar mit großem Elan ein Vorhaben starten, dann aber die Baustelle mehr oder weniger stilllegen, um einen Bezirk weiter die nächste Baustelle zu „eröffnen“. Die Leidtragenden: WohnungswerberInnen, die im Vertrauen auf Fertigstellungstermine Kredite aufgenommen haben und dann oft Jahr um Jahr vertröstet werden – und AnrainerInnen, die ebenso lange den wenig attraktiven Ausblick auf die Baugrube ums Eck haben. Und nachdem immer wieder Änderungen oder Revisionen von Flächenwidmungsplänen anstehen und damit Planungsvorhaben und speziell auch Bauwünsche von Bürgerinnen und Bürgern im Bereich der Errichtung von Einfamilienhäusern rascher behandelt werden können, regte Muhr an, dass der Bürgermeister den Gemeinderat in der Februar-Sitzung über den Stand der örtlichen Raumordnung und über die eingelangten Bauwünsche informieren sollte.